Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/293
08.11.2006

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

22. Sitzung (öffentlich)

8. November 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:40 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlagen 14/593 und 14/653

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

<u>In Verbindung damit:</u>

Personalsituation in den Staatlichen Umweltämtern

Bericht der Landesregierung –

TOP 1 wird auf den 16. November 2006, 9 Uhr, vertagt.

Seite

2 Lärmschutz als Gesundheitsvorsorge

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1991

Vorlagen 14/545 und 14/725 1

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

3 Umfassende Luftreinhaltung NRW – die Landesregierung muss sich dieser Herausforderung für Umwelt und Gesundheit stellen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1992 2

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) erstattet Bericht.

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

4 Moderne Windkraft für Nordrhein-Westfalen – Keine schwarz-gelbe Blockade des Austauschs veralteter Windräder

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2091 7

Minister Eckhard Uhlenberg nimmt Stellung und beantwortet Fragen.

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

5 Agrarstandort Nordrhein-Westfalen durch Bürokratieabbau stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2097 –

TOP 5 wird vertagt.

Seite

6 NRW muss Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2588 –

TOP 6 wird vertagt.

7 Nordrhein-Westfalens wirtschaftliche und wissenschaftliche Beziehungen zur Volksrepublik China stärken und ausbauen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2496 –

TOP 7 wird vertagt.

**8 Konsequenz aus geheimem Gentechnikanbau in NRW:
Nur das geltende Gentechnikrecht bietet Schutz und Transparenz**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2729 –

TOP 8 wird vertagt.

9 EMAS-Zertifizierung der Landesbehörden – Stand der Umsetzung

Bericht der Landesregierung –

TOP 9 wird vertagt.

Nächste Sitzung: 16. November 2006

*****

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der **Ausschuss** nach kurzer Diskussion überein, TOP 1 „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)“ auf den 16. November 2006 zu vertagen, da die Ergänzungsvorlage der Landesregierung erst seit gestern vorliege.

2 Lärmschutz als Gesundheitsvorsorge

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1991

Vorlagen 14/545 und 14/725

Vorsitzende Marie-Luise Fasse führt aus, dieser Antrag sei vom Plenum am 1. Juni 2006 an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – federführend –, den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform sowie der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hätten in ihren Sitzungen am 23. August 2006 den Antrag jeweils mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung habe sich bisher nicht geäußert.

Johannes Remmel (GRÜNE) weist darauf hin, dass sich die Beschlussvorschläge unter den Punkten VI und VII des Antrags teilweise erledigt hätten:

Die Bundesratssitzung habe am 16. Juni stattgefunden. Dazu habe man einen Bericht bekommen.

Zum Zweiten habe die Landesregierung im Nachgang zu den Beratungen im Ausschuss eine Forderung des Antrags erfüllt, dass das Land die Lärmkartierung für die Kommunen übernehme, ohne dass sie dafür Entgelte entrichten müssten. Das habe er mit Interesse den Mitteilungsblättern der kommunalen Spitzenverbände entnommen, obwohl das im Ausschuss anders dargestellt worden sei.

Der Abschlussbericht der Werkstattgespräche könne eingesehen werden.

Insofern blieben die Aufforderungen übrig, die Ballungsgebiete überregional zu betrachten sowie die Öffentlichkeitsbeteiligung bei den Maßnahmenplanungen sicherzustellen. Darauf könne man zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen, weil eine Abstimmung darüber etwas „dünn“ wäre. Insofern seien die Grünen einverstanden, den Antrag insgesamt für erledigt zu erklären.